

#ABimLandtag

Für Lüneburg, Ostheide und Adendorf

Plenumsausgabe 5 | Juni 2025



Moin,

Im Juni-Plenum ging es um echte Zukunftsfragen.

Wie schaffen wir ein Bildungssystem, das Kinder stark macht und Familien entlastet? Wie fördern wir Gründerinnen und Gründer an unseren Hochschulen? Wie gelingt es, digitale Medien im Schulalltag sinnvoll zu nutzen – ohne unsere Kinder zu überfordern?

All das haben wir als CDU-Fraktion auf den Tisch gebracht – mit klaren Ideen, ehrlichem Blick auf die Herausforderungen und dem Willen, Verantwortung zu übernehmen.

Ganztagsbetreuung: Der Rechtsanspruch kommt – aber sind unsere Schulen bereit? Wir sagen: Nur mit klarer Finanzierung, starken Partnern und echten Lösungen bleibt der Ganzttag ein Gewinn für alle.

Freie Schulen stärken: Weniger Bürokratie, mehr Vertrauen – und eine faire Finanzierung, die wirklich ankommt.

Gründergeist an Hochschulen: Wenn kluge Köpfe Ideen haben, darf es nicht an Strukturen scheitern. Wir machen Gründungen einfacher, schneller und stärker.

Handyverbot mit Herz und Verstand: Kinder brauchen Schutz und Orientierung – nicht den Druck von Likes und Followern auf dem Schulhof.

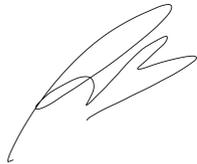
Geschlechtersensible Medizin: Frauen werden zu oft übersehen. Wir kämpfen für eine Versorgung, die Unterschiede ernst nimmt und Leben rettet.

Agenda 2030: Wachstum, Digitalisierung, Fachkräfte – wir schaffen neue Perspektiven für Niedersachsens Wirtschaft.

Der Gastbeitrag meines Fraktionskollegen **Alexander Wille**, bringt es auf den Punkt, was viele längst spüren: Wer sich für andere einsetzt, verdient auch klare Rechte und verlässliche Unterstützung und knüpft an unseren Antrag aus dem Plenum an.

Viel Freude beim Lesen und Stöbern!

Ihre



Anna Bauseneick MdL

Das war im Plenum los

Ganztag zuverlässig finanzieren



2026 tritt der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in Kraft. Doch statt Planungssicherheit herrscht Chaos: **unklare Zuständigkeiten, fehlende Finanzierung, keine klaren Regeln.** Unsere Kommunen schlagen längst Alarm. Und ich kann sie verstehen.

In der Plenarsitzung haben wir als CDU-Fraktion deutlich gemacht: So geht das nicht weiter. **Wenn der Ganzttag kommt, dann muss er auch funktionieren** – sonst wird er zur Belastung für Familien, Lehrerinnen und Lehrer sowie Schulträger.

Wir fordern:

- Faire und auskömmliche Finanzierung für alle Schulstandorte – auch im ländlichen Raum
- Einbindung starker Partner wie Sportvereine, Kirchen, Kunst- und Musikschulen
- Klare Vorgaben und Zeitpläne statt Flickenteppich und Vertröstungen.

Ich bin überzeugt: Bildung beginnt nicht irgendwann – sie beginnt jetzt. Und sie darf nicht am Geld scheitern.

Entschließungsantrag der CDU-Fraktion

CDU stärkt freie Schulen

Mit der Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes will die rot-grüne Landesregierung die Finanzierung freier Schulen neu regeln. Doch was auf den ersten Blick nach Unterstützung klingt, droht in der Praxis neue Hürden aufzubauen: **mehr Bürokratie, zu wenig Planungssicherheit, eine Finanzierung, die an der Lebensrealität vorbeigeht.**

Als CDU-Fraktion sagen wir: Das geht besser – und haben deshalb eigene Änderungen eingebracht.

Unsere Ziele:

- **Weniger Bürokratie – mehr Vertrauen:** Statt zusätzlicher Genehmigungen für jede Personalveränderung sollen freie Schulen eigenverantwortlich handeln dürfen. Vertrauen statt Misstrauen – das ist unser Verständnis von Eigenverantwortung.
- **Finanzierung realistisch gestalten:** Der Sachkostenanteil von aktuell 16,7 % reicht hinten und vorne nicht. Wir fordern 20 % – weil steigende Energiepreise, Digitalisierung und Inklusion nicht zum Nulltarif zu haben sind.
- **Förderschulen gerecht unterstützen:** Gerade Schulen mit besonderen Herausforderungen brauchen Verlässlichkeit. Deshalb wollen wir den Abschlagsfaktor schrittweise auf 1,0 anheben – und so echte Chancengleichheit schaffen.
- **Frühe Evaluation für schnelle Verbesserungen:** Statt jahrelang zu warten, soll bis 2027 geprüft werden, ob die Reformen wirken – damit Anpassungen rechtzeitig möglich sind.

Für uns ist klar: Schulen in freier Trägerschaft leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Bildungsvielfalt. Sie verdienen faire Bedingungen und

Gesetzesänderung der CDU-Fraktion

Für Gründergeist an Hochschulen



Unsere Hochschulen sind mehr als Orte des Lernens – sie stehen für Innovation. Mit dem neuen Gesetz zur Förderung von Gründungen schaffen wir als Land einen rechtlichen Rahmen, der Gründungen aus Hochschulen gezielt unterstützt.

Künftig dürfen Hochschulen sich einfacher an Start-ups beteiligen, Gründer mit Räumen, Technik und Know-how unterstützen und über einen neuen Landesfonds finanzielle Hilfe leisten. Sogar ein Freisemester für Professorinnen und Professoren wird möglich – damit Ideen Zeit zum Wachsen bekommen.

Wir als CDU-Fraktion unterstützen diesen Impuls. Aber klar ist auch: **Es braucht nicht nur Geld, sondern auch Verantwortung, klare Regeln und echten Fokus auf den gesellschaftlichen Mehrwert.**

Ein besseres Niedersachsen ist machbar – wenn wir Mut zum Gründen fördern.

Gesetzentwurf der CDU-Fraktion

Konzentration und Kindheit statt Bildschirmstress



„Frau Bauseneick, mein Kind hat in der Pause Angst, dass jemand ein peinliches Video von ihm macht.“ – Solche Sätze höre ich in Gesprächen mit Eltern in Lüneburg immer häufiger. Und ich finde: **Das darf kein Normalzustand an unseren Schulen sein.**

Deshalb bringen wir als CDU-Fraktion ein klares Signal in den Landtag: **Schluss mit dem Dauerstress auf dem Schulhof!** Unsere Kinder brauchen Räume zum Spielen, Lernen und Freundschaften schließen – nicht zum Scrollen, Posten und Vergleichen.

Unser Vorschlag ist ein landesweites Handyverbot im Unterricht, in den Pausen und im Ganztage. Gleichzeitig setzen wir auf kluge Medienbildung: Lehrerfortbildungen, Social-Media-Sprechstunden, feste Zeitfenster für die Auseinandersetzung mit digitalen Themen. **Denn wir wollen keine digitale Verbotskultur – sondern eine starke Orientierung.**

Gerade in sensiblen Altersphasen brauchen Kinder Halt und Struktur. Die Schule darf kein Ort sein, an dem Likes über Selbstwert entscheiden. Sondern ein Ort, an dem jedes Kind zählt – und nicht der Algorithmus.

Antrag der CDU-Fraktion zu Medienkompetenzen

Gesetzesänderung der CDU-Fraktion

Agenda 2030

Als CDU-Fraktion haben wir im Landtag eine klare Agenda vorgelegt: Unsere **Agenda 2030. Sie steht für eine Wirtschaftspolitik, die Wachstum wieder möglich macht** – mit Rückenwind statt Gegenwind für unsere Betriebe. **Wir fordern:**

- Eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik – Ziel: 2 % Wachstum pro Jahr
- Spürbaren Bürokratieabbau durch digitale Prozesse und schnellere Genehmigungen
- Gezielte Investitionen in Infrastruktur, Digitalisierung und Fachkräfte

- Steuerliche Entlastungen für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen

Denn: **Leistung muss sich lohnen – für alle, die unser Land am Laufen halten.** Wir wollen ein Niedersachsen, das Mut macht. Das Chancen bietet. Das stärker aus der Krise kommt, als es hineingegangen ist.

Entschließungsantrag der CDU-Fraktion

Geschlechtersensible Versorgung endlich stärken

Es geht um eine moderne, gerechte und lebensrettende Gesundheitsversorgung – für Frauen und Männer. Unsere Medizin funktioniert heute noch oft nach dem Prinzip „**One-size-fits-all**“ – **und das ist gefährlich.** Frauen zeigen bei einem Herzinfarkt andere Symptome als Männer. Sie werden aber viel zu oft falsch diagnostiziert – mit schwerwiegenden Folgen. Erkrankungen wie Endometriose oder Lipödem betreffen Millionen Frauen – und doch fehlt es an Forschung, Aufklärung und gezielter Hilfe. Das darf nicht so bleiben.

Wir fordern: geschlechtersensible Forschung stärken, Ärztinnen und Ärzte besser ausbilden, Selbsthilfegruppen unterstützen, das Kompetenzzentrum in Hannover ausbauen und neue Pilotprojekte starten. **Denn eine Medizin, die Unterschiede kennt und berücksichtigt, rettet Leben und spart langfristig sogar Kosten.**

Ich finde: Wer moderne Medizin will, muss die Realität von Frauen und Männern ernst nehmen.

Antrag der CDU-Fraktion

Gastbeitrag

Gastbeitrag von Alexander Wille



- seit 2022 Mitglied des Niedersächsischen Landtags
- Mitglied im Ausschuss für Inneres und Sport sowie im Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes
- Mitglied im Präsidium des Niedersächsischen Landtags (Schriftführer)

Anerkennung und Gleichstellung für Ehrenamtliche in Niedersachsen dringend erforderlich

Unsere CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag hat in der Plenarsitzung eine faire und einheitliche gesetzliche Regelung zur Gleichstellung aller ehrenamtlichen Einsatz- und Rettungskräfte gefordert. Im Zentrum der Kritik steht die anhaltende Ungleichbehandlung von Helferinnen und Helfern aus verschiedenen Organisationen – etwa bei Freistellung, Entschädigung und rechtlicher Absicherung.

Unser Dank gilt den vielen ehrenamtlichen Einsatz- und Rettungskräften in unserem Land, denn sie sind das Rückgrat unseres Bevölkerungsschutzes. Doch trotz des unermüdlichen Engagements dieser Helferinnen und Helfer wird ihnen die verdiente Gleichbehandlung weiterhin verwehrt.

Wir kritisieren scharf, dass die rot-grüne Landesregierung den Gesetzentwurf der Opposition zur Gleichstellung pauschal abgelehnt hat – ohne einen eigenen Vorschlag, ohne eine konstruktive Debatte. Das ist nicht nur enttäuschend, sondern ein Zeichen politischen Desinteresses an den realen Bedürfnissen unserer Einsatzkräfte.

Nach wie vor gibt es in Niedersachsen eine „Zweiklassengesellschaft im Ehrenamt“. Während Feuerwehrleute Anspruch auf Freistellung und Entschädigung haben, gehen Helferinnen und Helfer von DLRG, DRK oder anderen Organisationen oft leer aus. Gleiches Engagement muss auch gleiche Rechte bedeuten – alles andere ist ungerecht und nicht mehr vermittelbar!

Besonders kritisch bewerten wir, die CDU, die Aussage der SPD, es bestehe kein gesetzlicher Handlungsbedarf. In der Anhörung im Innenausschuss haben sich sämtliche Hilfsorganisationen eindeutig positioniert: Es braucht einheitliche gesetzliche Regelungen. Wer das ignoriert, ignoriert die Realität vor Ort und die Stimmen der Ehrenamtlichen.

Wir als CDU fordern daher eine Ergänzung im Niedersächsischen Katastrophenschutzgesetz, die allen ehrenamtlich Engagierten – unabhängig von Organisation und Einsatzgebiet – die gleichen Rechte sichert. Das ist keine Revolution, sondern eine Frage der Gerechtigkeit und des Respekts gegenüber unseren Helferinnen und Helfern. Ein starker Bevölkerungsschutz braucht starke gesetzliche Grundlagen – und den politischen Willen, sie auch umzusetzen. Wir machen Politik nicht gegen die Ehrenamtlichen, sondern mit ihnen. Unser Ziel ist klar: Gleiches Engagement verdient gleiche Rechte. Punkt.

Gesetzesänderung der CDU-Fraktion

Mehr zu Alexander Wille

So erreichen Sie mich

Ich möchte Sie herzlich auf das Angebot des Plenarbesuches hinweisen. Falls Sie Interesse an einem Besuch während des Plenums und einem persönlichen Gespräch mit mir haben, melden Sie sich gern unter: info@anna-bauseneick.de



Anna Bauseneick MdL

Stadtkoppel 16, 21337 Lüneburg

This email was sent to {{contact.EMAIL}}
You've received this email because you've subscribed to our newsletter.

[Abbestellen](#)

